



## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0050/2016/1	<b>Datum:</b>	12.05.2016				
<b>Verfasser:</b> 01-CDU-Ratsfraktion							
<b>Az:</b>							
<b>Gremienweg:</b>							
19.05.2016	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<b>Betreff:</b> Antrag der CDU-Ratsfraktion: Beitritt zum Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"							

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen, dass die Stadt Koblenz die „Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems“ des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ unterstützt (siehe Anlage).

Mit der „Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems“ wird die Forderung an den Bund und die Länder erhoben, noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine politische Initiative zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems durch den Bund und die Länder unter Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände vorzunehmen.

### Begründung:

Die im nachfolgenden zitierten Einlassungen der Beteiligten spiegeln auch die Lage der Stadt Koblenz in Bezug auf den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz wieder. Trotz höchstrichterlicher Entscheidung wurde auch hier noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Mit der Beteiligung am Aktionsbündnis würde die Stadt ihrer Forderung nach einer nachhaltigen Verbesserung des kommunalen Finanzausgleiches durch das Land Rheinland-Pfalz Nachdruck verleihen.

Im Schuldenranking von den 103 kreisfreien Städten in Deutschland rangiert Koblenz an 42. Stelle. (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014) Ohne die Hilfe von Bund und Land laufen alle Bemühungen der Stadt zur Verbesserung des strukturellen Defizits ins Leere.

In einer von der Stadtverwaltung Mainz herausgegebenen Erklärung heißt es:

**Mit der im Grundgesetz postulierten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die bundesweit in vielen finanzschwachen Kommunen gefährdet und in etlichen nicht mehr gegeben ist, soll sich noch in diesem Jahr auch der Deutsche Bundesrat befassen.** Das forderten am Mittwoch, 27. April, die Vertreter von 68 Kommunen des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ mit der einstimmigen

Verabschiedung ihrer „Mainzer Erklärung 2016“ im Rathaus der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt. Eine gleichartige Debatte hatte das Bündnis bereits im September 2015 im Bundestag erreicht.

**Dem von der ehemaligen Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) aus Mülheim an der Ruhr, dem Pirmasenser Oberbürgermeister Dr. Bernhard Matheis (CDU) und den Kämmerersprechern Uwe Bonan (SPD /Mülheim an der Ruhr) und Dr. Johannes Slawig (CDU/Wuppertal) angeführten parteiübergreifenden und auf Zeit geschlossenen Aktionsbündnis geht es um eine politische Initiative zur grundlegenden Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages.**

Sie wurde den Kommunen über Jahrzehnte zugesagt, ist jedoch ausgeblieben. Diese endlich auf den Weg zu bringen, verlangt konkrete Bund-Länder-Gespräche unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände. Laut Grundgesetz liegt die Finanzverantwortung für die Kommunen nämlich bei den Ländern, obwohl die Städte, Gemeinden und Kreise auch viele Bundesgesetze umsetzen.

**Weil Anträge zur Tagesordnung der Länderkammer ausschließlich von den Länderregierungen gestellt werden dürfen, beschließen derzeit die Kommunalparlamente der Mitgliedskommunen des bereits in acht Bundesländern vertretenen Bündnisses entsprechende Resolutionen an Bundesratspräsident Stanislav Tillich und ihre eigenen Landesregierungen. Wenige Minuten vor Beginn der Mainzer Kommunalkonferenz ließ die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mitteilen, das von ihr geführte Kabinett von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werde im September im Bundesrat diese Debatte beantragen.**

Nun hoffen die Bündnismitglieder darauf, dass sich dem Votum der nordrhein-westfälischen Landesregierung die übrigen Bundesländer anschließen. Dazu OB a.D. Dagmar Mühlenfeld und OB Dr. Matheis: „Das ist ein weiteres ermutigendes Signal, dass die großen Sorgen der finanzschwachen Kommunen um die Wiedergewinnung ihrer Gestaltungsfähigkeit ernst genommen werden. Wir sind keine Bittsteller, sondern fordern die Bezahlung offener Rechnungen. **Unsere Notlage ist nämlich weitgehend nicht selbst verschuldet, sondern eine Folge von nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetzen zu Lasten der Kommunen, die Bund und Länder Jahrzehnte lang beschlossen haben. Die deshalb aufgehäuften kommunalen Schulden können wir trotz weiterer harter Sparmaßnahmen selbst in 200 Jahren nicht abtragen. Der Erfolg von Politik bewährt sich jedoch vor allem vor Ort, also eben nicht nur in Berlin oder in den Landeshauptstädten. Sobald die gute und sichere Erbringung der Daseinsvorsorge gefährdet ist, schadet das der Demokratie.**“

*Anlage:*

*Mainzer Erklärung 2016 zur Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems*